

Zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses 2013 für Beamte?

Solidarisch und vernünftig? – Der plötzlich existierende sogenannte Kompromiss der Landesregierung sowie dessen rücksichtslose Umsetzung (erfolgte Einmalzahlung bis A 11 ohne Gesetzesänderung)

Bin ich jetzt plötzlich blöd, definiere ich die Begriffe nur „konservativ“ oder kenne ich bloß die Interpretation der „Regierenden“ nicht. Ach nein, auf dieser Ebene nennt man das ja die „gefundene Sprachregelung“ – auch so ein toll verschleiernes politisches Mode- und Machtwort.

Nur erschreckend beeindruckend! Da gibt es eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung und eine „grüne“ Koalitionspartnerin mit zumindest wiederholt deklariertem Anspruch auf eine neue Kultur in der Politik (auch im Umgang miteinander, so verlaubliche es zumindest vor den letzten Landtagswahlen beim Parteitag in Neumünster und so steht es immerhin auch im Koalitionsvertrag), die aber denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, die Beamte sind, „buchstabengetreu“ nach dem vormals verkündeten hehren Grundsatz „Verhandeln statt verordnen“ sowie den selbst



Foto: Altmann – Pixelio

erhobenen Ansprüchen gemäß einmal eben sagt, wo es lang geht. Alternativlos? – Achtung: Satire! „So sehe ich das, so ist das – basta.“ Betont seriös tritt dazu Frau Heinold stets öffentlich auf, lädt aber ihre Verhandlungspartner zu Gesprächen über die Presse ein, Terminabstimmungen mit Beamtenvertretern müssen ja nicht sein und im Übrigen „ginge das so wieso auch ohne sie“. Ein schon bis dahin beispielloses Vorgehen! Arroganz der Macht? Denn Derartiges setzte sich fort. Bis Dienstagabend (19. März 2013) verliefen diese Dialoge, die keine waren, ergebnislos. Verhandelt wurde nicht wirklich, lediglich der Standpunkt der Landesregierung ständig wiederholt. Aber dann, am 20. März, dem ersten Tag der parlamentarischen Auseinandersetzung über die Thematik, wird ein Kabinettsbeschluss „aus dem Hut gezogen“ und sehr kurzfristig bekannt gemacht: „Der SH-Weg – solidarisch und vernünftig“. Ein weiterer Affront, diesmal

nicht nur gegenüber den Spitzenverbänden der Gewerkschaften sondern auch gegenüber unseren Volksvertretern. Diese erfahren davon erst 14 Minuten vor der Behandlung des Themas im hohen Hause des Landtages.

Zu den Inhalten dieses ach so solidarischen und vernünftigen Papiers selbst:

› Solidarisch mit wem?
Vernünftig warum?

Tatsächlich handelt es sich um einen nur vermeintlich geschickten Versuch der Spaltung der Beamtenschaft. Man spricht nun von einfachen, mittleren und höheren Gruppen. Herausgestellt wird die besondere Zuwendung zu „kleinen“ Leuten – eine bloße Selbstverständlichkeit! (Das wurde seit vielen Jahren praktiziert und von uns allen getragen). Doch dieser betont aufgesetzte Appell reicht dieses Mal nicht aus; das Manöver des „gegeneinander Ausspielen“ ist zu offensichtlich.

› „Teile und herrsche – eine moderne Version?“

Wir alle, Beamte (und Richter) aller Laufbahngruppen bei Kommunen und des Landes sind Diener dieses Staates, wir sind dies bewusst und gern. Wir sind qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die entsprechend unserer jeweiligen Vorkenntnisse und Ausbildung, vor allem aber nach der Gewichtigkeit unserer zugewiesenen Aufgaben und der zu erbringenden Leistungen zu bewerten sind. Wir wissen um unser besonderes Dienst- und Treueverhältnis gegenüber dem staatlichen Gemeinwesen. Wir wissen aber auch um die Pflichten des Staates beziehungsweise seiner Vertreter uns gegenüber. Wesentlich die Pflicht, uns „amtsangemessen zu alimentieren“. Modern ausgedrückt heißt das, der Staat hat uns ein wenigstens solides Gehalt zu zahlen, das der Wertigkeit unserer Arbeit entspricht und uns den uns zustehenden Lebensstandard sichert. Auch im Ruhestand – von den Ansprüchen der Versorgungsempfänger ist bedenklicher Weise überhaupt keine Rede! Dazu gehört dann naturgemäß Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung – was aber seit Jahren gar nicht oder kaum geschieht. Im Gegenteil, von uns wurden bereits mehrfach und werden stets neue Sonderopfer verlangt und einfach festgesetzt. Das betrifft den öffentlichen Dienst insgesamt,

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0451.491597
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.5192221

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
ISSN 0937-4841



vorrangig aber ständig alle Beamten. Wurden bisher zudem „höhere“ Statusämter (ab Besoldungsgruppe A 11) noch mehr vereinnahmt, sollen jetzt alle ab A 14 noch weitere, zusätzliche Einbußen erfahren. Es reicht! Jetzt muss einmal wieder eine lineare Einkommensanpassung für alle her – (auch) das ist solidarisch!

Andernfalls muss das endlich verfassungsrechtlich geprüft werden.

Wir Beamten (und Richter) sind keine ständig verfügbaren „Sparschweine“ der Nation, keine Deppen, keine Almosen- oder Schmerzensgeldempfänger, vor allem aber keine modernen Sklaven oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zweiter Klasse – keine/r von uns, in keiner Laufbahn- oder Besoldungsgruppe.

> Deutlich länger arbeiten dürfen wir ja schon seit Jahren – Achtung: Ironie!

Ich erinnere mich ungern, habe es aber nicht vergessen: Zu Zeiten einer Heide Simonis (SPD) wurden nur uns Beamten zunächst für zwei Jahre längere Wochenarbeitszeiten (41 Stunden) als Beschäftigten (38,5) verordnet! – und dann, als diese Frist ablief, auf Dauer. Verhandlung? Fehlanzeige!

Dies bedeutet bis heute mindestens fiktiv eine weitere Einkommensminderung bei circa 2,5 Wochen Mehrarbeit im Jahr. Darüber spricht auch niemand mehr – (ein Beamtenprivileg?).

Die weitere Geißelung und Fehlbewertung des Berufsbeamtentums in S-H würde bei Annahme des sogenannten Kompromisses – tatsächlich ein Diktat – auf Jahre hinaus fortgeschrieben und in engen Grenzen zementiert! Rechnet man für die verkündeten Lauf-



zeiten ernsthaft nach, kämen für uns alle, in allen Besoldungsgruppen, Gehaltzuwächse deutlich unterhalb der Inflation heraus. Teilhabe an der Einkommensentwicklung und insbesondere Wertschätzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sähe anders aus. Oder gilt dies und soziale Gerechtigkeit nicht für Beamte? Das wäre nicht hinnehmbar und äußerst unvernünftig!

Es ist unerklärlich, wie Schleswig-Holstein bei bekannt unausweichlicher demografischer Entwicklung so künftig auch nur annähernd genügend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst gewinnen will.

Doch diese Landesregierung will wohl nichts merken. Dabei ist ein bisher gleichfalls beispielloses Echo auf ihr Verhalten erfolgt: So sind allein bis dato über 7 000 elektronische Eingaben zum Thema gleichwertige Übernahme des Tarifabschlusses beim Petitionsausschuss des Landtages eingegangen! Und es wären sicherlich deutlich mehr, klappte dort die Technik stets. Alle weiteren Protestaktionen und Verlautbarungen sprechen

ein gleichfalls überdeutliches Bild. Allerorten Enttäuschung, Wut, Empörung in einer nie dagewesenen Dimension. Doch die Koalitionäre setzen noch etwas drauf und lassen ohne jegliche parlamentarische Befassung und damit ohne gesetzliche Grundlage die diktierte Einmalzahlung bis A 11 überweisen. Was soll das? Die Spaltung der Beamtenschaft durch vollendete Tatsachen? Das ist zu durchsichtig und wird nicht gelingen:

> Die Frage – wie zahle ich den Betrag zurück, ich will das nicht – wurde mir von derart „Beglückten“ mehrfach gestellt.

Den eingefangenen und gewollt ungeordnet wiedergegebenen Einzelstimmen zu diesen unerhörten Vorgehensweisen ist kaum etwas hinzuzufügen: „Schnauze voll“, „Das Dekret des MP muss man dreimal lesen und bekommt zweimal einen Schlag ins Gesicht“, „Von Versorgungsempfängern ist darin gar keine Rede“, „Besoldungsdiktat“, „Vorgehen nach Gutsherrenart“, wo bleibt „Gleichbehandlung, Mitbestimmung, soziale Verantwortung, Würde, Wertschätzung

und Respekt?“, „Koalition der Gesetzlosen“, „Schämen Sie sich, Herr Albig, sie haben es geschafft – ich will jetzt streiken!“, „Solidarität nur bis A 11?“.

(Soweit etwa Äußerungen seitens der Opposition erfolgten, bin ich mir ihrer relativen Bedeutung leider nur allzu sehr bewusst, dennoch: Die Inhalte sind richtig und wirken per se.)

Die Koalition spielt mit dem Feuer! So kann man nicht mit verdienten Mitarbeitern umgehen. Nein, Herr Albig, auch nach dem Studium des Briefes an Ihre Genossinnen und Genossen wird nichts besser, es bleibt dabei: Das Vorhaben (Diktat) ist weder solidarisch noch vernünftig – und schon gar nicht sozial.

Die DPoIG fordert sie auf, zur Vernunft zurückzukehren und den aktuellen Tarifabschluss ohne Wenn und Aber für alle Beamten und Richter sowie die Versorgungsempfänger in das Besoldungsrecht überführen zu lassen.

*Kommentar von
Jochen Einfeldt,
stellvertretender Landes-
vorsitzender*



Kreisverband Lübeck/Ostholstein

Sicherheitskonzept sorgt für Verärgerung

Am 1. Februar 2013 trat das neue Sicherheitskonzept der PD Lübeck in Kraft und sorgte prompt für massive Unruhe in der Kollegenschaft.

Im Lichte des „Kramer-Papiers“ wurde Reparaturarbeit geleistet, hatte man doch bisher nicht die Kramerschen rechnerischen 22,5 Prozent Personalmehreinsatz am Wochenende gebracht, was bei der PD Lübeck mit Personalabzug abgestraft wurde.

Nun zählte man Einsätze und holte den Rechenschieber aus der Schublade, damit es künftig zu einem „punktgenauen“ Personaleinsatz kommt. Wie in der Küche eines Großrestaurants sollen dann viele Polizisten im Dienst sein, wenn viel los ist und wenig, wenn nicht so viel los ist. Dagegen ist auch grundsätzlich nichts zu sagen, nur sind Durchschnittsberechnungen in der Einsatzbelastung ein zweischneidiges Schwert. Straftäter halten sich nicht an Statistiken und eine

größere Schadenslage kommt, wann es ihr gefällt.

Jedenfalls hatte man die Idee, je schneller daran, je schneller davon. In den Nächten sonntags bis donnerstags wurde eine niedrigere Mindeststärke festgelegt, die dann auch gleichzeitig Höchststärke ist. Ob der Personalansatz ausreichend ist, sollte dann der Praxistest auf dem Rücken der Kollegen zeigen. Nächte, in denen das Personal nicht ausreichte, sollten dann im Rahmen der Evaluation an die Behörde gemeldet werden.

Aus Sicht der DPoLG wurde das Sicherheitskonzept mit dem Holzhammer umgesetzt, anstatt den vorhandenen Zeitrahmen zu nutzen. Der Personalabbau vollzieht sich über mehrere Jahre, insofern wäre ein kontinuierlicher Prozess möglich gewesen. Maximale Flexibilität von der Mitarbeiterschaft zu fordern ist häufig am Rande der Ausbeutung. Es kann nicht sein, dass Kollegen



zu Hause „auf Abruf“ sind, falls ein Kollege krank wird, weil dann Dienste verschoben werden müssen oder gar eine Überschreitung der Höchstarbeitszeitgrenze erwartet wird, das geht gar nicht.

Bei zu erwartender Mitarbeiterorientierung hätte man erkennen müssen, dass es sich hierbei nicht nur um eine moderate Veränderung von Dienststärken handelt, sondern um einen Paradigmenwechsel. Auch wenn es nicht so benannt ist, kommen die Anforderungen des neuen Sicherheitskonzeptes faktisch einer Veränderung der Dienst-

form gleich. Möglicherweise ist der Punkt gekommen, an dem auch in größeren Städten der Wechselschichtdienst, für den es ja durchaus gute Gründe gibt, überdacht werden muss.

Aus Sicht der DPoLG ist das neue Sicherheitskonzept handwerklich nicht gut umgesetzt worden, weil man unnötig Zeitdruck aufgebaut hat und wichtige menschliche Faktoren nicht hinreichend gewürdigt hat. Veränderungsprozesse benötigen Zeit und Transparenz, aber keinen Holzhammer.

*Torsten Gronau
DPoLG Lübeck/Ostholstein*

„Fest mit der Polizei“

Am 27. April 2013 feierte die DPoLG Schleswig-Holstein ihr traditionelles „Fest mit der Polizei“ erneut im Hotel Kieler Yacht Club (KYC).

Unter den gutgelaunten etwa 170 Gästen aus dem ganzen Land konnte der stellvertretende Landesvorsitzende Frank Hesse als Gastgeber des Abends unter anderem den stellvertretenden Landtagspräsidenten Bernd Heinemann (SPD) sowie die

Stadtpräsidentin der Landeshauptstadt Kiel, Cathy Kietzer (SPD), begrüßen.

In gewohnt angenehmer Atmosphäre und bei hervorragender Bewirtung mit Speisen und Getränken durch die Mitarbeiter des ehrwürdigen KYC spielte die Band „Just be you“ mit ausgesprochen hochklassiger Musik zum Tanz auf, wovon die Gäste bis in den frühen Morgen gerne und ausgiebig Gebrauch machten.





Die Showeinlagen der „Tanks Theater Dance Company“ (Blues-Brothers-Persiflage) sowie der mit einem sagenhaften Repertoire und ebensolcher Ausdauer aufwartende Stimmenimitator und Parodist Bernd Müller begeisterten das Publikum.

Auch in diesem Jahr fand zudem die Tombola zu später Stunde, bei der zahlreiche at-

traktive Preise ausgeschüttet wurden, großen Anklang bei reger Teilnahme der Gäste. Ein von Frank Hesse spontan anbraumter Verkauf von überschüssigen Losen zugunsten der DPoIG-Stiftung führte inklusive Spenden zu einem Erlös von 337 Euro.

Bis zum nächsten Jahr – beim „Fest mit der Polizei 2014“!

Thomas Nommensen



Von links, vordere Reihe: Norbert Vallentin, Hauke Hanßen, Frank Hesse; hintere Reihe: Sven Otzipka, Sven-Erik Haase, Volker Jahn, Michael Wittmaack, Andreas Hollmann, Rüdiger Bedey.

Kreisverband Itzehoe

Anlässlich einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der beiden Kreisgruppen Dithmarschen und Steinburg im steinburgischen Kleve wurde einstimmig der nun offizielle Zusammenschluss beider Verbände unter dem neuen Namen „Kreisverband Itzehoe“ beschlossen.

Dieser Schritt war dann auch nur die sinnvolle Folge der ohnehin bislang sehr engen Zusammenarbeit beider Kreisverbände in der gemeinsamen Polizeidirektion Itzehoe.

Jeweils einstimmig wurden die Aufgaben im neuen Vorstand vergeben. So wird Frank Hesse aus Wacken als Erster Vorsit-

zender arbeiten, während Hauke Hanßen aus St. Michaelisdonn das Amt des Zweiten Vorsitzenden ausüben wird.

Mit nunmehr knapp einhundert Mitgliedern kann und wird die DPoIG Itzehoe versuchen, sich ihr im Bereich verschafftes Gehör für die Belange der Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Ein vieldiskutiertes Thema ist und bleibt dabei der geplante Stellenabzug aus der Polizeidirektion Itzehoe. Diese Maßnahme wird zum Teil große Einschnitte bis hin zur Schließung kleiner Dienststellen mit sich bringen.

Michael Wittmaack, Büsum

Die DPoIG präsentiert sich beim „Nordtreffen 2013“

Am Wochenende vom 26. bis 28. April 2013 veranstaltete der „MEP-Nordlicht“ ein Motorradtreffen im Dithmarsenpark Albersdorf. (www.mep-nordlicht.de)

Beim MEP-Nordlicht handelt es sich um einen Verein Motorradfahrender Polizisten, die auch „Normalbürger“ in ihren Reihen haben.

Zum Treffen fanden sich Partnervereine aus dem gesamten Bundesgebiet ein. Trotz Dauerregen bei der Anfahrt versammelten sich 94 Motorradfreunde im Dithmarsenpark, um zusammen eine schöne Party zu feiern und Schleswig-Holstein auf zwei Rädern zu erkunden.

Die DPoIG konnte sich mit Info-Material im Festsaal präsentieren. Die gestifteten Präsente wurden als Preise für den ältesten Teilnehmer, Bj. 1939 (Taschenlampe und Becher), die längste Anreise aus Rottweil (ebenfalls Taschenlampe und Becher) und das schönste Motorrad (Akku-Ladegerät und Becher) vergeben.

Weitere kleine Präsente kamen bei den Teilnehmern gut an.

Insgesamt waren alle Gäste mit der Veranstaltung und den Rahmenbedingungen hochzufrieden und werden sehr gerne wieder in unser schönes Land reisen.

Sven-Erik Haase

DPoIG Schleswig-Holstein ist bei Facebook!



Seit Anfang 2013 ist die DPoIG Schleswig-Holstein im sozialen Netzwerk Facebook mit einer eigenen Seite vertreten. Diese wird laufend aktualisiert und es kann dort stets Neues, Nützliches und Unterhaltsames aus dem Bereich Polizeiarbeit sowie Interessenvertre-

tung für Polizeibeschäftigte abgerufen werden.

Zu erreichen ist die Facebook-Seite der DPoIG unter <https://www.facebook.com/dpolg.sh> sowie mit dem Smartphone oder Tablet-PC mittels dieses QR-Codes direkt abrufbar.

Ausführliche Informationen sind zudem auch weiterhin über unsere Internet-Präsenz <https://www.dpolg-sh.de> zu erhalten. *Die Redaktion*

